



Protokoll

der 6. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung der  
Gemeinde Schladen-Werla

**am Montag, den 04.12.2023,**

**um 18:00 Uhr**

**Dorfgemeinschaftshaus Schladen, Am Weinberg 9, 38315 Schladen**

**Anwesend:**

Ausschussvorsitzender

Herr Stefan Lüttgau

Stellvertretender Ausschussvorsitzender

Herr Marc Samel

Mitglied

Herr Michael Hausmann

Herr Bernward Köbbel

Herr Uwe Vornkahl

Lehrervertreter

Frau Marie-Louise Siemann

von der Verwaltung

Herr Tobias Creydt

Herr Martin Schulze

Protokollführerin

Frau Janina Klasen

**Abwesend:**

Bürgermeister

Herr Andreas Memmert

**Tagesordnung:**

**TOP 1: Eröffnung der Sitzung**

Ausschussvorsitzender Lüttgau eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung und begrüßt alle Anwesenden.

**TOP 2: Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der anwesenden Ratsmitglieder und der Beschlussfähigkeit**

Ausschussvorsitzender Lüttgau stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

**TOP 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge**

Ausschussvorsitzender Lüttgau stellt fest, dass die Tagesordnung fristgerecht zugegangen ist. Es liegen keine Anträge vor.

**TOP 4: Genehmigung des Protokolls vom 04.09.2023, Nr. 5**

Das Protokoll vom 04.09.2023, Nr. 5 wird genehmigt.

Einstimmige Annahme!

**TOP 5: Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses**

Keine.

**TOP 6: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten**

Allgemeiner Vertreter Schulze berichtet, dass der Nachtragshaushalt 2023 seit dem 28.11.2023 rechtskräftig ist. Des Weiteren hat die Gemeinde eine Bedarfszuweisung wegen besonderer Lage erhalten. Für die beantragte Bedarfszuweisung wegen besonderer Aufgaben liegt noch keine Rückmeldung vor.

**TOP 7: Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**TOP 8: Vorstellung Schulentwicklungsplanung/Digitalisierung  
Vorlage: BV/0397/2021-2026**

Frau Siemann, Schulleiterin der Clemens-Schule Hornburg, stellt ihre Präsentation zum Thema Schulentwicklungsplanung und Digitalisierung vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Samel fragt, ob es sich bei den 6 vorhandenen digitalen Tafeln um Activeboards handelt oder ob hier Unterschiede bestehen. Des Weiteren fragt er, ob er es richtig verstanden habe, dass noch 10 weitere angeschafft werden sollen.

Frau Siemann antwortet, dass die 6 vorhandenen Activeboards täglich im Gebrauch sind und es ermöglichen, verschiedene Unterrichtsinhalte zu vermitteln. Die weiteren 10 sind notwendig, damit alle Klassen damit ausgestattet werden können. Zwischen digitalen Tafeln und Activeboards bestehe kein Unterschied.

Herr Samel sagt, dass die Tablets hauptsächlich in den Klassen 3 und 4 benutzt werden. Er möchte wissen, ob auch die Klassen 1 und 2 Tablets benutzen. Die weiterführenden Schulen arbeiten ebenfalls mit Tablets. Ihm stellt sich die Frage, ob die Schülerinnen und Schüler diese dann mitnehmen.

Frau Siemann antwortet, dass die Klassen 3 und 4 vorrangig mit Tablets arbeiten, sie sind noch in einer Art Erprobungsphase. In den Klassen 1 und 2 werden die Tablets hingegen nur

situativ eingesetzt. Ihrer Meinung nach können sich die Schülerinnen und Schüler die Tablets in den weiterführenden Schulen ausleihen.

Herr Köbbel sagt, dass bei einer Sammelbestellung von mehreren Schulen bessere Preise erzielt werden können.

Herr Samel ergänzt, dass es eventuell sinnvoll wäre, mit dem Landkreis Wolfenbüttel oder der Stadt Wolfenbüttel zu sprechen, da diese auch einige weiterführende Schulen besitzen.

Frau Siemann antwortet, dass sie sich diesbezüglich nochmal erkundigen möchte.

Ausschussvorsitzender Lüttgau fragt, wie viele Tablets benötigt und ab wann sie eingesetzt werden.

Frau Siemann antwortet, dass sie zunächst 75 Tablets zur Erprobung benötigt. Diese wären dann für 3 Klassen. Zunächst sollen die Klassen 3 und 4 täglich damit arbeiten, die Klassen 1 und 2 weiterhin situativ.

Ausschussvorsitzender Lüttgau fragt, auf welchen Zeitraum sich die Erfahrungen mit dem Churermodell beziehen.

Frau Siemann antwortet, dass die Klassenräume erst seit den Sommerferien so sind.

Ausschussvorsitzender Lüttgau sagt, dass es trotz des kurzen Zeitraumes erfreulich ist, dass schon spürbare Erfolge zu sehen sind. Des Weiteren möchte er wissen, wie hoch der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund in der Schule ist, vor allem Ukrainer und Syrer.

Frau Siemann antwortet, dass in den 16 Klassen ungefähr zwischen 40-48 Kinder mit Migrationshintergrund sind.

Ausschussvorsitzender Lüttgau fragt, ob die Schülerinnen und Schüler die Tablets in ihrer Muttersprache benutzen. Des Weiteren möchte er wissen, ob die Apps webuntis und Sdui nur in der Schule eingesetzt werden.

Frau Siemann sagt, dass gerade die Kinder aus der Ukraine in Bezug auf die Digitalisierung schon viel weiter sind. Daher benutzen sie die Tablets häufig in ihrer Muttersprache. Die Sdui App ist ähnlich wie WhatsApp aufgebaut und dient eher zur Kommunikation mit den Eltern.

Ausschussvorsitzender Lüttgau bedankt sich bei Frau Siemann, dass sie und das Kollegium sich so intensiv mit dem Thema Schulentwicklung und Digitalisierung auseinandersetzen.

Herr Samel fragt, ob die Activeboards und Tablets bereits im Haushalt eingeplant sind.

Herr Creydt antwortet, dass 10 Activeboards und 75 Tablets bereits für 2024 eingeplant sind.

Herr Lüttgau fragt, wie diese finanziert werden.

Allgemeiner Vertreter Schulze sagt, dass diese durch die Gemeinde finanziert werden. Herr Creydt ergänzt, dass es nicht zu erwarten ist, dass die Gemeinde durch den Digitalpakt noch weiteres Geld erhält. Der Digitalpakt 2.0 wird erst 2025/2026 erwartet.

Frau Siemann erläutert, dass es in der letzten Zeit vermehrt zu Problemen in Bezug auf die Reinigung in der Schule gegeben hat. Bisher ist es so, dass 2 Mitarbeiterinnen der Gemeinde die Schule reinigen und eine externe Firma, Schmidt und Pfeifer. Die Probleme treten vor allem dann auf, wenn Schmidt und Pfeifer Vertretungen schicken muss, was in letzter Zeit sehr häufig der Fall ist. Sehr oft werden Absprachen nicht eingehalten, es findet so gut wie keine Kommunikation statt. Betroffen sind vor allem das Atrium und die Sporthalle. Es kam in der Vergangenheit sogar schon dazu, dass die Sporthalle aufgrund fehlender Reinigung geschlossen werden musste und der Sportunterricht ausgefallen ist. Sie ergänzt, dass sie wegen dieser Problematik schon im Austausch mit Herrn Creydt steht.

Herr Creydt antwortet, dass es gerade im Reinigungssektor zunehmend immer mehr Probleme gibt, da viele Stellen nicht besetzt werden können. Er ist der Meinung, dass das bestehende Konzept überarbeitet werden sollte, um eine zufriedenstellende Lösung zu finden. Hier müssen die verschiedenen Möglichkeiten erst noch eruiert werden.

Ausschussvorsitzender Lüttgau sagt, dass er es gut finden würde, wenn kurzfristig eine Lösung gefunden werden kann.

Herr Samel fragt, ob die Reinigung nicht regelmäßig ausgeschrieben werden müsste und wann dies wieder der Fall sein wird.

Herr Creydt antwortet, dass grundsätzlich alle 5 Jahre ausgeschrieben werden muss. Er ist der Meinung, dass die letzte Ausschreibung entweder 2019 oder 2020 war.

Herr Samel sagt, dass es sinnvoll wäre, eine Gegenüberstellung zu machen, ob die Reinigung durch eigenes Personal oder durch externe Firmen besser ist.

Herr Creydt sagt, dass bisher immer ad hoc geschaut werden musste, damit eine Reinigung überhaupt stattfindet. Aber langfristig soll eine zufriedenstellende Lösung für alle gefunden werden.

Die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen.

## **TOP 9: Haushaltsplanentwurf 2024 - Vorbericht und Zahlenwerk** **Vorlage: BV/0409/2021-2026**

Allgemeiner Vertreter Schulze stellt ausführlich den Haushalt 2024 vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Samel bedankt sich für die Präsentation. Aufgrund der Tatsache, dass der Haushalt erst am Freitag verschickt worden ist, wertet er die Vorstellung des Haushaltes als 1. Lesung. Die Fraktionen beraten sich bereits diese Woche. Im VA und Rat nächste Woche soll dann erst eine Vorberatung stattfinden, sodass heute keine Empfehlung ausgesprochen werden soll.

Er fragt, ob es sich bei der Vorstellung des Worst-Case eher um eine Wunschliste der Verwaltung handelt. Er möchte wissen, ob wirklich alle Maßnahmen notwendig sind und was sich eventuell noch schieben lässt oder ob bereits schon einige Sachen gestrichen worden sind. Des Weiteren weist er darauf hin, dass eventuell für die Tablets und Activeboards Zuschüsse generiert werden können.

Herr Vornkahl sagt, dass die Zeitschiene sehr knapp war. Er würde sich für die Zukunft mehr Vorlauf wünschen. Auch er ist der Meinung, dass es zeitlich nicht machbar ist, am 13.12. eine fundierte Entscheidung treffen zu können.

Herr Köbbel bedankt sich, dass aufgrund der ganzen Umstände überhaupt ein Haushalt aufgestellt und heute vorgestellt worden ist. Er bedauert es, dass die Öffentlichkeit und auch die Presse wenig Interesse an dem Thema zeigen. Auch er ist der Meinung, dass sowohl heute als auch in der Ratssitzung keine fundierte Entscheidung getroffen werden kann, da die Zeit der Vorbereitung zu kurz war. Des Weiteren führt er aus, dass es in seiner bisherigen Tätigkeit als Ratsmitglied noch nie so hohe Kreditaufnahmen gab. Nachwirkungen der Pandemie und der Ukraine-Krieg sind für ihn zwar mögliche Erklärungen, jedoch sind seiner Meinung nach sehr gewagte Investitionen im Haushalt veranschlagt, bei denen es weitaus günstigere Alternativen gibt. Hiermit ist vor allem der Bau des Mehrzweckgebäudes in Gielde gemeint. Aus Kostengründen würde er dies nicht umsetzen. Auch unter dem Aspekt, dass der Rat eine Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern hat. Er fragt, ob es nicht möglich gewesen wäre, den Haushalt ohne das Mehrzweckgebäude zu planen und dieses dann eventuell erst in einem Nachtrag zu veranschlagen, falls es doch gebaut werden soll.

Allgemeiner Vertreter Schulze antwortet, dass die Gemeinde bei der Aufstellung des Haushaltes zur Wahrheit und Klarheit verpflichtet ist, deshalb ist das Mehrzweckgebäude im Haushalt 2024 veranschlagt. Es besteht aber natürlich auch die Möglichkeit, dies in einem etwaigen Nachtrag wieder rauszunehmen. Er verweist auf die Präsentation, in der er einmal die Variante mit dem Mehrzweckgebäude und einmal ohne aufgezeigt hat.

Herr Samel ergänzt, dass die Erstellung eines Nachtrages auch viele zeitliche und personelle Ressourcen beansprucht und grundsätzlich von einem Nachtrag abgesehen werden sollte. Durch die heutige Vorstellung wurde eine Marschrichtung vorgegeben, die nun auf politischer Ebene geklärt werden muss. Er hält es unter anderem für sinnvoll, wenn die freiwilli-

gen Leistungen wieder auf 3 % gesenkt werden. Auch hier sollte nochmal genauer geschaut werden. Er spricht sich dafür aus, dass der Ausschuss den Haushalt heute nur zur Kenntnis nimmt und keine Empfehlung abgibt.

Herr Köbbel bittet darum, dass die freiwilligen Leistungen nicht auf Kosten der Vereine gesenkt werden sollen.

Herr Samel antwortet, dass es noch keine Gelegenheit gab, das Thema ausführlich in den Fraktionen zu besprechen, es war nur eine Anmerkung von ihm. Zumal ein Posten der freiwilligen Leistungen auch sehr hoch ist.

Herr Hausmann ergänzt, dass die freiwilligen Leistungen aufgrund der einen Position, die Thema im nächsten VA ist, so gestiegen sind. Die anderen freiwilligen Leistungen sind seit Jahren konstant und deshalb sollten zumindest diese nicht weiter gekürzt werden. Er weist darauf hin, dass der Ergebnis- und Finanzhaushalt in den nächsten Tagen getrennt voneinander angeschaut werden sollte, um mögliche Einsparungen vorschlagen zu können. Er möchte wissen, ob die zusätzliche Mio. € an Personalkosten aufgrund der Tarifsteigerungen ist oder durch die neuen Stellen.

Herr Creydt antwortet, dass dies nur aufgrund der Tarifsteigerung ist. Die Kosten für die neuen Stellen werden durch die Teilzeitstellen aufgefangen, da diese als Vollzeitstellen abgebildet werden.

Herr Hausmann fragt, ob die 1,5 Mio. € für die Unterhaltung eventuell auch geschoben werden können.

Allgemeiner Vertreter Schulze antwortet, dass es hierbei unter anderem um Brandschutzmaßnahmen geht, die wahrscheinlich nicht geschoben werden können. Dies sollte in den Klausurtagungen der Fraktionen erörtert werden.

Herr Hausmann sagt, dass auch für ihn eine fundierte Entscheidung bis zum 13.12. nicht möglich ist.

Herr Köbbel fragt, ob beispielsweise für den im Bauausschuss angesprochenen Radweg an der B82 Fördermittel beantragt worden sind.

Allgemeiner Vertreter Schulze antwortet, dass grundsätzlich immer versucht wird, Fördermittel zu generieren. Da die Sitzung des Bauausschusses aber noch nicht so lange zurückliegt, wurde in der Zwischenzeit noch nichts akquiriert.

Des Weiteren fragt Herr Köbbel, ob eine Renovierung der Fischerstraße 4 überhaupt notwendig ist oder ob es nicht besser wäre, das Gebäude zu verkaufen. Er meint, dass die entstehenden Renovierungskosten nicht über die Miete wieder eingenommen werden können.

Allgemeiner Vertreter Schulze antwortet, dass im Rahmen der Klausurtagungen geschaut werden müsste, ob eine Renovierung oder eine Veräußerung sinnvoller wäre.

Herr Köbbel sagt, dass es auch viele laufende Projekte gibt, bei denen sehr viel Geld benötigt wird. Das Franz-Tasler-Haus in Gielde ist beispielsweise ein Fass ohne Boden, für den Ausbau der Verwaltung sind noch keine endgültigen Kosten ermittelt, der Anbau der Ganztagschule steht noch an und es müssen noch Maßnahmen für den Hochwasserschutz getroffen werden. Er stellt die Frage, wieso so viele Geld für die Planungskosten ausgegeben wird. Seiner Meinung nach wurde dafür extra Personal eingestellt.

Herr Hausmann antwortet, dass die Gemeinde keine Architekten eingestellt hat, sondern Bautechniker, die sich um den Hochbau kümmern.

Herr Samel fragt, wieso die Grundsteuereinnahmen sinken. Zudem möchte er wissen, was der aktuelle Stand bzgl. der Grundsteuerreform ist und ob eventuell die Hebesätze angepasst werden müssen.

Allgemeiner Vertreter Schulze antwortet, dass vor 3-4 Wochen eine Hochrechnung gemacht worden ist und die Gemeinde zum derzeitigen Stand die Hebesätze nicht ändern muss, sondern aufgrund der Reform voraussichtlich bei +/- 0 steht. Die sinkenden Grundsteuerein-

nahmen entstehen auch im Rahmen der Grundsteuerreform, da beispielsweise viele Korrekturen stattgefunden haben.

Die Haushaltssatzung mit -plan für das Haushaltsjahr 2024 wird als Entwurf zur Kenntnis genommen. Es sind Maßnahmen zu priorisieren, Einsparungen herauszuarbeiten und zu berücksichtigen.

Einstimmige Annahme!

**TOP 10: Integration der Projektagentur Wolfenbüttel in die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel und Kooperation der Stadt Wolfenbüttel**  
**Vorlage: BV/0377/2021-2026**

Allgemeiner Vertreter Schulze stellt die Beschlussvorlage vor.

Herr Köbbel fragt, welche Vorteile wir in den letzten 2 Jahren von der Wirtschaftsförderung hatten bzw. welches Geld die Gemeinde erhalten hat.

Allgemeiner Vertreter Schulze antwortet, dass unter anderem Herr Dr. Strätz Teil der Projektagentur ist und er bei dem Antrag des Stadtbades Hornburg unterstützend tätig war. Des Weiteren hat die Projektagentur der Gemeinde auch bei weiteren Förderanträgen geholfen.

Herr Hausmann sagt, dass es sehr lange gebraucht hat, bis es endlich eine einheitliche Regelung für die Wirtschaftsförderung gegeben hat. Er würde es für ein falsches Zeichen halten, sich dort nicht zu beteiligen. Des Weiteren sagt er, dass die Gemeinde über ein großes Gewerbegebiet verfügt und er es für unwahrscheinlich hält, dass die Vermarktung alleine gestemmt werden kann. Daher ist er froh, dass mit der Wirtschaftsförderung endlich eine Gemeinschaft entstanden ist.

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Projektagentur Wolfenbüttel wird ab 01.01.2024 in die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel GmbH integriert.
2. Zur Finanzierung dieser Aufgaben werden zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 7.500 Euro/Jahr bereitgestellt. Die Finanzierungsvereinbarung mit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel GmbH wird um diesen Betrag auf 32.500 Euro/Jahr erhöht.
3. Der Bürgermeister wird ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel GmbH dem Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel GmbH und der Stadt Wolfenbüttel zuzustimmen.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Übernahme von Aufgaben bzw. die Erweiterung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel mbH gemäß § 152 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG unverzüglich gegenüber der Kommunalaufsicht anzuzeigen.

Einstimmige Annahme!

**TOP 11: Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**TOP 12: Anträge und Anfragen**

Keine.

**TOP 13: Schließung der Sitzung**

Ausschussvorsitzender Lüttgau bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 20.10 Uhr.

Stefan Lüttgau  
Vorsitz

Martin Schulze  
Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters

Janina Klasen  
Protokollführerin